

# Niederschrift

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Dienstag, 16.02.2010,  
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal.

## Anwesend:

Ratsvorsitzender:

1. stellv. Ratsvorsitzende:

2. stellv. Ratsvorsitzender:

Bürgermeister:

stellv. Bürgermeister:

Ratsmitglieder:

Karlheinz Bäker

Hannelore Schneider

Jörn Kickler

Gerd-Christian Wagner

Bernd Köhler

Peter Nieraad

Karin Agostini

Reinhard Berndt

Rudolf Böcker

Karin Boomhuis

Dirk Brumund

Jürgen Bruns

Ludwig Bunjes (bis TOP 8.2.1.2)

Gerald Chmielewski

Iko Chmielewski

Ilonka Etzold

Jens-Olaf Fianke

Walter Heidenreich

Erich Hillebrand

Christoph Hinz

Kurt Klose

Christine Lampe

Ingo Langer

Walter Langer

Alfred Müller

Hans-Hermann Niebuhr

Georg Ralle

Jürgen Rathkamp

Raimund Recksiedler

Bernd Redeker

Claudia Rohlfs

Steffen Schwärmer

Peter Tischer

Elke Vollmer

Dorothea Weikert

Rüdiger Wolf (ab TOP 4)

Herbert Zeidler

von der Verwaltung:

Rainer Adler

Olaf Freitag

Marion Groß

Rolf Heeren

Jörg Kreikenbohm

Rainer Rädicker

Ralf Splettstößer

Der Tagesordnungspunkt 8.1.1.2 – Licht für Varel wird auf Antrag der CDU-Fraktion wegen Beratungsbedarf einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt und zunächst in die Fraktionen verwiesen.

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Beschlussfähigkeit des Rates**
- 1.1 Dringlichkeitsantrag der Ratsherren Hinz und I. Chmielewski
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 10.12.2009**
- 3 Einwohnerfragestunde**
- 4 Beendigung der Mitgliedschaft des Ratsherrn Karl-Heinz Funke im Rat der Stadt Varel**
- 5 Berufung der Ersatzperson und förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung**
- 6 Bildung des Verwaltungsausschusses (§ 56 NGO)**
- 7 Neubesetzung von Ausschüssen und sonstigen Vertretern der Stadt Varel**
- 8 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 8.1 Verwaltungsausschuss vom 17.12.2009**  
Kein Tagesordnungspunkt
- 8.2 Verwaltungsausschuss vom 07.01.2010**
- 8.2.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 07.12.2010**
- 8.2.1.1 Bestellung eines Radverkehrsbeauftragten
- 8.2.1.2 Änderung der Straßenreinigungspflicht der Westersteder Straße zwischen der Altjührdener Straße und der Wiefelsteder Straße
- 8.2.1.3 Aufhebung des Sperrvermerkes über die Anschaffung eines Unimogs für den Bauhof und eines Schleppers für das Gartenamt
- 8.3 Verwaltungsausschuss vom 04.02.2010**
- 8.3.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 25.01.2010
- 8.3.1.1 Umbenennung der Panzerstraße
- 8.3.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 26.01.2010**
- 8.3.2.1 Bebauungsplan Nr. 192 - Freiflächen-Photovoltaikanlage Rahling und 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Aufstellungs- / Erweiterungsbeschluss und Vorstellung der Unterlagen für frühzeitige Bürgerbeteiligung
- 8.3.3 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 27.01.2010**
- 8.3.3.1 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2010
- 8.3.3.2 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2010

**8.3.4 Anträge an den Rat**

- 8.3.4.1 3. Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Gewährung des Ersatzes der Auslagen und des Verdienstausfalles an Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder
- 8.3.4.2 Satzung der Stadt Varel über die Verringerung der Zahl der Ratsfrauen und Ratsherren in der Wahlperiode vom 01.11.2011 bis zum 31.10.2016

**8.4 Verwaltungsausschuss vom 16.02.2010**

- 8.4.1 Antrag der Fraktion MMW vom 28.01.2010 zum 13. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
- 8.4.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2010 auf Reduzierung der Ausgabeansätze im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
- 8.4.3 13. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
- 8.4.4 Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2009 - 2013
- 8.4.5 Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2010

**9 Mitteilungen des Bürgermeisters****10 Behandlung von Anfragen und Anregungen****Protokoll:****Öffentlicher Teil****1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzender Bäker eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine große Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Er stellt fest, dass Ratsherr Funke entschuldigt fehlt.

**1.1 Dringlichkeitsantrag der Ratsherren Hinz und I. Chmielewski**

Die Ratsmitglieder Hinz und I. Chmielewski stellten mit Schreiben vom 08.02.2010 anliegenden Dringlichkeitsantrag zum Thema Straßenbeleuchtung. Gem. § 7 ist der Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, wenn die Dringlichkeit vom Rat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder anerkannt wird.

Ratsherr I. Chmielewski begründet die Dringlichkeit seines Antrages damit, dass in der heutigen Sitzung der Tagesordnungspunkt „Licht für Varel; Antrag von Vareler Bürger/innen auf durchgehende nächtliche Beleuchtung“ behandelt werden soll. Er

befürchtet, dass auf Grund der Beschlusslage in den Fachausschüssen, ansonsten eine Chance auf eine Verbesserung für das nächste halbe Jahr verbaut wird. Gerade wegen der jetzigen Witterungsverhältnisse ist es aus seiner Sicht geboten, schnell zu handeln.

**Beschluss:**

Die Dringlichkeit des Antrages der Ratsherren Hinz und I. Chmielewski vom 08.02.2010 zum Thema Straßenbeleuchtung wird anerkannt.

**Ja: 16 Nein: 20  
damit mehrheitlicher Beschluss dagegen**

**2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates vom 10.12.2009**

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 10.12.2009 wird einstimmig genehmigt.

**3 Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerin dankt Ratsfrau Lampe für ihr Engagement, die Panzerstraße umzubenennen und regt an sich nochmals mit dem Thema auseinander zu setzen.

Auf Nachfrage eines Einwohners zu einer Rechnung über 48 Korn und 28 Aquavit aus vergangenen Jahren, die in der Presse erwähnt wurde, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass die Buchungsbelege ordnungsgemäß nach 10 Jahren vernichtet wurden. Ihm war es aber möglich Kopien der Rechnung zu erhalten. Eine Prüfung hat ergeben, dass die Stadt keine Schadensersatzansprüche geltend machen kann.

Bürgermeister Wagner teilt auf Nachfrage eines Einwohners mit, dass Geld, das durch Energieeinsparungen im Bereich der Beleuchtung eingespart wird, in den Gesamthaushalt fließt. Die Bildung eines Fonds aus nicht ausgezahlten Beleuchtungskosten für innovative neue Energiekonzepte, hält er bei der gegenwärtigen Haushaltslage der Stadt nicht für möglich.

**4 Beendigung der Mitgliedschaft des Rats Herrn Karl-Heinz Funke im Rat der Stadt Varel  
Vorlage: 042/2010**

Ratsherr Karl-Heinz Funke hat durch schriftliche Erklärung vom 08.02.2010 mit sofortiger Wirkung auf seinen Sitz im Rat der Stadt Varel verzichtet. Die Erklärung gem. § 37 Abs. 1 Ziffer 1 NGO ist am 08.02.2010 beim Bürgermeister eingegangen.

Gemäß § 37 Abs. 2 NGO stellt der Rat zu Beginn der nächsten Sitzung fest, ob die Voraussetzungen nach § 37 Abs. 1 Ziffer 1 NGO vorliegen. Dem Betroffenen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Bürgermeister Wagner dankt Herrn Funke im Namen des Rates für seine langjährige Tätigkeit im Rat der Stadt Varel.

**Beschluss:**

Gemäß § 37 Abs. 2 NGO wird festgestellt, dass die Mitgliedschaft des Rats Herrn Karl-Heinz Funke im Rat der Stadt Varel mit sofortiger Wirkung endet, da die Voraussetzungen nach § 37 Abs. 1 Ziffer 1 NGO vorliegen.

**Einstimmiger Beschluss****5 Berufung der Ersatzperson und förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung**

Rats Herr Karl-Heinz Funke ist aus dem Rat der Stadt Varel ausgeschieden (siehe TOP 3). Rats Herr Funke wurde auf dem Wahlvorschlag der SPD für den Wahlbereich 2 (Varel-Land) durch Personenwahl gewählt.

Erste Ersatzperson des Wahlvorschlages der SPD im Rahmen der Personenwahl für den Wahlbereich 2 (Varel-Land) ist Herr Rüdiger Wolf. Daher geht gemäß § 44 Abs. 1 i.V.m. § 38 Abs. 2 NKWG der Sitz auf Herrn Rüdiger Wolf, An der Bockmühle 7 B, 26316 Varel über.

Herr Wolf hat seine Berufung als Vertreter im Rat der Stadt Varel angenommen.

Bürgermeister Wagner verpflichtet Herrn Wolf gemäß § 42 NGO und weist ihn gemäß § 28 NGO auf die ihm obliegenden Pflichten nach den §§ 25 bis 27 NGO hin.

Rats Herr Wolf erklärt, dass er sich heute bei allen Abstimmungen enthalten wird, da er sich durch seine heutige Berufung in den Rat erst jetzt mit den Themen vertraut machen kann.

**6 Bildung des Verwaltungsausschusses (§ 56 NGO)  
Vorlage: 044/2010**

Beigeordneter Funke scheidet aus dem Rat der Stadt Varel aus (siehe TOP 3). Die SPD-Fraktion hat einen neuen Beigeordneten zu benennen.

Die SPD benennt als neuen Beigeordneten den jetzigen stellv. Beigeordneten Herrn Ralle.

Als neue stellv. Beigeordnete wird Frau Lampe benannt.

**Beschluss:**

Rats Herr Ralle wird als Ersatz für Herrn Funke zum Beigeordneten benannt.  
Rats Frau Lampe wird als Ersatz für Herrn Ralle zur stellv. Beigeordneten benannt.

**Ja: 36 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss**

**7 Neubesetzung von Ausschüssen und sonstigen Vertretern der Stadt Varel  
Vorlage: 050/2010**

1. Die SPD-Fraktion schlägt folgende Neubesetzung von Ausschüssen vor:

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz**

Vertreter:

Ratsherr Wolf für Ratsherrn Funke

**Ausschuss für Feuerwehr-, Markt und Ordnungsangelegenheiten**

Mitglied:

Ratsherr Wolf für Ratsherrn Funke

**Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Dangast**

Vertreter:

Ratsherr Wolf für Ratsherrn Funke

**Vertreter der Stadt Varel im Zweckverband Vareler Hafen**

Ratsherr Wolf für Ratsherrn Funke

**Vertreter der Stadt Varel in der Gesellschafterversammlung der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH**

Ratsherr Müller für Ratsherrn Funke

stellv. Mitglied wird nicht wiederbesetzt

**Vertreter der Stadt Varel im Vergabeausschuss der Vareler Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH**

stellv. Mitglied wird nicht wiederbesetzt

2. Die CDU/FDP/Die Grünen/Bündnis90 – Gruppe schlägt folgende Neubesetzung vor:

**Vertreter der Stadt Varel in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH**

Ratsherr Rathkamp für Ratsherrn Funke

**Beschluss:**

Die Besetzung der Ausschüsse und die Benennung von Vertretern der Stadt Varel wird, wie vorstehend aufgeführt beschlossen.

**Ja: 36 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss**

**8 Berichte und Anträge der Ausschüsse**

**8.1 Verwaltungsausschuss vom 17.12.2009**

Kein Tagesordnungspunkt

## 8.2 Verwaltungsausschuss vom 07.01.2010

### 8.2.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 07.12.2010

#### 8.2.1.1 Bestellung eines Radverkehrsbeauftragten Vorlage: 335/2009

##### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Varel beschließt den im Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vorliegenden Antrag zum Radverkehr. Insbesondere wird die Ernennung eines Radverkehrsbeauftragten als „beratendes“ Mitglied (analog Straßen und Verkehr, Polizei und Straßenverkehrswacht) im Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr auf Vorschlag der Arbeitsgruppe „Verkehr und Mobilität“ der Lokalen Agenda in Person des Herrn Rolf Lammers beschlossen. Es wird in den nächsten fünf Jahren vorbehaltlich der jeweiligen Haushaltsberatungen eine Summe von 10.000,00 Euro pro Jahr zur Haushaltsstelle 6300.510000 (allgemeine Bauunterhaltung) zweckgebunden für bauliche Maßnahmen zur Radverkehrsförderung zur Verfügung gestellt.

**Ja: 36 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss**

#### 8.2.1.2 Änderung der Straßenreinigungspflicht der Westersteder Straße zwischen der Altjühdener Straße und der Wiefelsteder Straße Vorlage: 323/2009

##### **Beschluss:**

Dem Antrag, das Teilstück der Westersteder Straße zwischen der Altjühdener Straße und der Wiefelsteder Straße in die Anlage A der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in der Stadt Varel -Straßenreinigungssatzung- und der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Varel -Straßenreinigungsverordnung- aufzunehmen, wird zugestimmt.

**Ja: 35 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss**

#### 8.2.1.3 Aufhebung des Sperrvermerkes über die Anschaffung eines Unimogs für den Bauhof und eines Schleppers für das Gartenamt Vorlage: 320/2009

Ratsherr Rathkamp weist darauf hin, dass es voraussichtlich durch den Sperrvermerk gelingen wird, 50.000 € bei dieser Position einzusparen.

##### **Beschluss:**

Der Sperrvermerk bezüglich der Haushaltsmittel für die Anschaffung eines Schleppers für das Gartenamt und eines Unimogs für den Bauhof wird aufgehoben. Anstelle

des Unimogs werden ein sog. Großschlepper und ein Transportfahrzeug beschafft.

**Ja: 35 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss**

### **8.3 Verwaltungsausschuss vom 04.02.2010**

#### **8.3.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 25.01.2010**

##### **8.3.1.1 Umbenennung der Panzerstraße Vorlage: 352/2009**

**Beschluss:**

Die Panzerstraße wird in Friedenstraße umbenannt.

**Ja: 6 Nein: 22 Enthaltungen: 8  
damit mehrheitlicher Beschluss dagegen**

#### **8.3.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 26.01.2010**

##### **8.3.2.1 Bebauungsplan Nr. 192 - Freiflächen-Photovoltaikanlage Rahling und 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Aufstellungs- / Erweiterungsbeschluss und Vorstellung der Unterlagen für frühzeitige Bürgerbeteiligung Vorlage: 366/2010**

**Beschluss:**

Gemäß § 2, 5 und 30 Baugesetzbuch wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 192 und die 8. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel mit dem erweiterten Geltungsbereich beschlossen. Der neue Geltungsbereich kann dem der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Verkehr anliegenden Lageplan entnommen werden. Die Planung ist den Antragstellern durch städtebaulichen Vertrag zu übertragen. Die vorzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange kann ohne erneute Vorstellung der Planung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz durchgeführt werden.

**Ja: 35 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss**

#### **8.3.3 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 27.01.2010**



**8.3.3.1 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2010  
Vorlage: 008/2010**

**Beschluss:**

Der Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2010 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen anliegenden Fassung beschlossen. Die ebenfalls anliegende Finanzplanung für den Planungszeitraum 2009 – 2013 wird zur Kenntnis genommen.

**Ja: 35 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss**

**8.3.3.2 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2010  
Vorlage: 009/2010**

**Beschluss:**

Der Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2010 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen anliegenden Fassung beschlossen.

**Ja: 35 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss**

**8.3.4 Anträge an den Rat**

**8.3.4.1 3. Änderung der Satzung der Stadt Varel über die Gewährung des Ersatzes der Auslagen und des Verdienstaufalles an Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder  
Vorlage: 016/2010**

Aus Sicht des Rats Herrn I. Chmielewski ist eine 10 %ige Kürzung ein starkes Signal, insbesondere weil es sich nicht um einen Verdienst der Ratsmitglieder, sondern um eine Entschädigung für den Aufwand handelt. Die MMW hat einen weitergehenden Antrag auf 5 %ige Kürzung des gesamten Haushaltes gestellt und wird sich daher bei dieser Abstimmung enthalten.

**Beschluss:**

Die Satzung der Stadt Varel über die Gewährung des Ersatzes der Auslagen und des Verdienstaufalles an Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder vom 19. Dezember 1996 in der Fassung der 2. Änderung vom 11.12.2008 wird entsprechend dem anliegenden Entwurf geändert.

**Ja: 31 Enthaltungen: 5  
damit mehrheitlicher Beschluss**

**8.3.4.2 Satzung der Stadt Varel über die Verringerung der Zahl der Ratsfrauen und Ratsherren in der Wahlperiode vom 01.11.2011 bis zum 31.10.2016  
Vorlage: 018/2010**

Die SPD-Fraktion spricht sich gegen eine weitere Reduzierung um 2 Sitze aus, da sie es für falsch hält, die Demokratie für 5.000 € in dem Maße einzuschränken. Ratsherr Müller begrüßt es, wenn Bürger und Bürgerinnen sich bereit erklären, für den Stadtrat zu kandidieren und mitzuwirken. Bereits durch die Kürzung der Aufwandsentschädigung ist schon ein deutliches Signal gesetzt worden.

**Beschluss:**

Die beigefügte Satzung der Stadt Varel über die Verringerung der Zahl der Ratsfrauen und Ratsherren in der Wahlperiode vom 01.11.2001 bis zum 31.10.2016 wird beschlossen.

**Ja: 23 Nein: 11 Enthaltungen: 2  
damit mehrheitlicher Beschluss**

**8.4 Verwaltungsausschuss vom 16.02.2010**

**8.4.1 Antrag der Fraktion MMW vom 28.01.2010 zum 13. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel  
Vorlage: 047/2010**

Wortbeiträge zu TOP 8.4.1 bis 8.4.5:

Ratsherr Tischer weist darauf hin, dass im Mittelpunkt die Verteilung des Mangels steht. Er lobt ausdrücklich die sehr gute Begleitung durch die Presse und die Zunahme des Interesses der Bürger an die Belange der Stadt. Die in diesem Jahr besonders prekäre Situation erfordert eine Orientierung an den Einnahmen und weniger an den Ausgaben. Aus Sicht des Beigeordneten Tischer hat sich die Stadt genauso zu verhalten, wie eine Familie für die Gemeinschaft. Ausgangssituation ist, dass sich die eingebrochenen Gewerbesteuererinnahmen 2010 nicht erhöhen werden und die Landeszuweisungen wesentlich geringer ausfallen. Insgesamt bedeutet das einen Einbruch von 2009 zu 2010 von weit über 4 Mio. €. Das ist ein Betrag, der im Ausgabenbereich nicht ausgeglichen werden kann. Grund dieser schlechten Situation ist neben den Folgen der Weltwirtschaftskrise auch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das aus Sicht des Beigeordneten Tischer auf kommunaler Ebene eher ein Defizitbeschleunigungsgesetz ist. Die Stadt hat sich an dem zu orientieren, was mittelfristig auf sie zukommt und sich dem zu stellen. Dabei müssen die Orientierungsdaten des Nds. Landesverwaltungsamtes zur Kenntnis genommen werden, wonach sich die Situation in den nächsten Jahren langsam wieder erholen soll. Darauf baut die CDU/FDP/Bündnis 90/Die Grünen-Gruppe auf. In den nächsten Jahren ist es konsequent erforderlich, sich an den Einnahmen zu orientieren und die Ausgaben daran anzupassen. Allerdings werden alle Sparmaßnahmen nicht ausreichen, um das Ziel zu erreichen.

Die CDU/FDP/Bündnis 90/Die Grünen-Gruppe wendet sich gegen eine pauschale Kürzung. Haushaltssicherung gem. § 82 NGO bedeutet aus Sicht des Beigeordneten Tischer, dass Ausgaben vermieden werden und Einnahmen erhöht. Eine pauschale Festlegung in der Kürzung der Ausgaben kann man daher nicht als ausschließliche

Zielsetzung nehmen, sondern müsste dann auch eine pauschale Festlegung für zusätzliche Einnahmen enthalten. Dieses hält er aber für zu unverbindlich. Im Haushaltssicherungskonzept sind die Maßnahmen konkret aufzuführen, zu beschreiben und zu bewerten, sowie anzugeben, wann sie wirken. Diese zu § 82 NGO festgelegten Aussagen können aus Sicht des Beigeordneten Tischer nicht mit einer pauschalen Kürzung erfüllt werden.

Die Haushaltsberatungen waren nicht einfach. Die Gruppe hat sich vielseitig beraten lassen und dann versucht den größten gemeinsamen Nenner für konkrete Sparansätze zu finden.

Der Haushalt 2010 muss in den Gesamtrahmen der mittelfristigen Finanzplanung gestellt werden. Am Jahresende werden sich die Kassenkredite auf 19,8 Mio. € belaufen. Dieser Betrag wird sich über den Geltungszeitraum der Finanzplanung erhöhen auf insgesamt 28,3 Mio. €. Diese 28,3 Mio. € sind etwa genauso viel wie im Jahr 2013 an Einnahmen zu erwarten sind. Diese Situation zwingt zu der Erkenntnis, dass trotz aller Sparansätze, auch bei Berücksichtigung möglicher pauschaler Sparansätze, die Stadt weit von der Zielsetzung entfernt ist.

Beigeordneter Tischer verweist nochmals auf die einzelnen Positionen im Haushaltssicherungskonzept. Neben den Dingen, die bereits in den Haushalt eingearbeitet wurden, enthält es Prüfaufträge, die dann die erste Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes wären. Einige Positionen haben Vorbildcharakter, denn es kann von anderen nicht erwartet werden Opfer zu bringen, wenn die Ratsmitglieder nicht selbst bereit sind, voran zu gehen. Zum Thema Ehrungen, denkt Beigeordneter Tischer, dass ein Blumenstrauß und ein Bild als Geschenk von der Stadt ausreichend sind. Mit den Organisationsveränderungen sind verbunden, dass Personal ausscheidet und eine Wiederbesetzung der Planstelle entfällt oder hinaus geschoben wird.

Die dargestellte Wirkung von 42.000 € im Jahr 2010 auf 224.100 € im Jahr 2013 beruht auf konkrete Fälle. Aus Sicht der CDU kann der Seniorenpass bei der derzeitigen finanziellen Situation nicht mehr diskutiert werden. Es ist erforderlich, nach Modellen zu suchen, die kostengünstiger und mit weniger bürokratischem Aufwand abgeleistet werden können. Sie schlagen daher die Einführung einer Seniorenkarte vor, die bei Erwerb zu einem Nachlass bei städtischen Einrichtungen führt. Diese erzeugt keine zusätzlichen Verwaltungskosten und hebt darüber hinaus die Auslastung der städtischen Einrichtungen. Für den Besuchsdienst wird bei Erfolg im nächsten Jahr wieder ein Ansatz von 10.000 € eingeplant. In diesem Jahr war kein Ansatz erforderlich, da noch zweckgebundene Mittel aus dem Jahr 2009 für die Schulung zur Verfügung stehen. Allerdings ist kein höherer Betrag als 10.000 € möglich.

Zum Thema Dangast hat die Stadt sich bislang an das Aqualongutachten orientiert, dieses ist aus Sicht des Beigeordneten Tischer aber als weitere Leitlinie wertlos, da die dort beschriebenen Inhalte nicht tragfähig sind. Bislang hat die Stadt in Dangast immer die Flucht nach vorn angetreten. Aber alle Schritte, wie z. B. die Saisonunabhängigkeit des Quellbades haben der Stadt keine Mehreinnahmen eingebracht, sondern nur zu einem größeren Defizit geführt. Die neue Leitlinien in Dangast sollte nach Ansicht der CDU-Fraktion nicht Vision, sondern weniger ist mehr sein. Die Stadt sollte sich an den Dingen orientieren, die Dangast von Natur aus hat und welche Kosteneinsparungen möglich sind, wenn davon ausgegangen wird, dass Dangast in Zukunft, zumindest, was die Nutzung des Quellbades angeht, saisonabhängig ist. Als ersten Schritt ist über die Privatisierung des Campingplatzes, der Amortisation der Räume der Physiotherapie und der Gastronomie sowie der Senkung der Beratungskosten, durch eine Beendigung der Ausschreibung nachzudenken. Das Modell 5 Sterne-Hotel und Wellness in Dangast mit einer vorgezogenen Deicherhöhung ist zurzeit finanziell nicht durchführbar. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob bei einer Verzahnung des Quellbades mit dem Hallenbad überzeugende Einsparungen möglich sind.

Zu den Parkgebühren wurde durch die Verwaltung vorgeschlagen, die Gebühr für einen Zeittakt von 0,30 € auf 0,50 € zu erhöhen. Die CDU/FDP/Bündnis90/Die Grü-

nen-Gruppe sieht aber das Erfordernis dieses mit einem neuen Parkkonzept zu verbinden. Den tatsächlichen Einnahmeeffekt wird man noch ermitteln müssen. Aus der Summierung aller Positionen könnte dieses Jahr eine Einsparung von 367.900 €, 2011 von 471.000 €, 2012 von 542.800 € und im Jahr 2013 von 547.300 € erzielt werden. Es ist zu sehen, dass auch bei starken Anstrengungen im Jahr 2013 noch ein strukturelles Haushaltsdefizit von 2,4 Mio. € vorhanden sein wird. Daher reicht das, was jetzt fortgeschrieben wird, noch lange nicht aus, um den Haushalt auszugleichen. Weitere Maßnahmen sind erforderlich, um einem ausgeglichenen Haushalt näher zu kommen. Und auch bei einem ausgeglichenen Haushalt müssen die aufgelaufenen Kassenkredite noch getilgt werden. Daher ist Haushaltssicherung keine Begleiterscheinung eines Haushaltes, sondern eine laufende Aufgabe, die im Finanzausschuss alle viertel Jahre kontrolliert werden muss, auf die Umsetzung der erreichten Ziele und Ergänzung von Maßnahmen.

Ratsherr Tischer weist darauf hin, dass die SPD pauschal eine Kürzung um 2 % also 240.000 € sowie eine Kürzung der Planungskosten um 30.000 € vorschlägt. Gleichzeitig beantragten sie die Erhöhung des Ansatzes für die Straßenbeleuchtung um 50.000 € und ein zusätzliches Engagement für die Feuerwehr. Sie bieten daher bei einer Unterdeckung von 5,8 Mio. € lediglich eine Kürzung von ca. 200.000 € an und lassen aus Sicht des Beigeordneten Tischer elementare Dinge, wie z. B. die Besonderheit in Dangast völlig außer Acht. Für Dangast reicht eine 2 % ige Kürzung nicht. Aber trotz der schwachen Mittel enthält der Haushalt auch positive Dinge. Ratsherr Tischer weist auf den Ausbau der Krippenplätze, der Einrichtung der offenen Ganztagschule an vier Standorten und der konsequenten Weiterführung im Bereich der Innenstadtsanierung hin.

Ergänzend zum Thema Feuerwehr weist Ratsherr Tischer darauf hin, dass in den letzten 3 Jahren durchschnittlich 48.000 € für Ersatzbeschaffungen veranschlagt waren. Dieses wurde für das Jahr 2010 fortgeschrieben, auch wenn die Wehren einen Betrag von 72.000 € beantragten. Ratsherr Tischer bedauert wenn es darum Verunstimmungen gab, es ist aber aus seiner Sicht der allgemeinen Situation schuldig, zumal noch Zusatzkosten für die Einführung des Digitalfunkes auf die Stadt zukommen werden.

Von anderer Seite wurde die Einführung einer Fremdenverkehrsabgabe angeregt. Vor einigen Jahren entschloss sich die Stadt aufgrund der Komplexität, des hohen Verwaltungsaufwandes und der ungerechten Veranlagung dieser Abgabe stattdessen die Zweitwohnungssteuer einzuführen. Die Einführung der Fremdenverkehrsabgabe würde netto ca. 120.000 € an Einnahmen bringen. Die CDU-Fraktion überlegt sehr intensiv, ob es nicht eine bessere Möglichkeit gibt.

Abschließend bittet Ratsherr Tischer die schwierige Haushaltssituation anzunehmen und zu einer gemeinsamen Aufgabe zu machen.

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass auch die SPD-Fraktion diesen vollkommen defizitären Haushalt aufgrund der Eckdaten nicht hätte ausgleichen können, sie hätten aber andere Schwerpunkte gesetzt. Aus ihrer Sicht hat die Mehrheitsgruppe die soziale Komponente im Haushalt ein Stück aufgegeben. Darüber hinaus hält Ratsherr Müller einige Ansätze für unseriös. Bei den letzten Haushaltsberatungen im Dezember 2008 wurden durch die CDU/FDP/Bündnis 90/Die Grünen-Gruppe Hoffnungen geweckt, die aus seiner Sicht bis heute nicht erfüllt sind. Er bedauert, dass kein Vorschlag der SPD zur Haushaltsanierung übernommen und in der Presse sogar die pauschale Kürzung als Stück Feigheit verleumdet wurde. Der Landkreis Friesland und die Landesregierung haben die pauschale Kürzung mit Erfolg durchgeführt. Die pauschale Kürzung hätte eine Einsparung von 240.000 € gebracht. Dieses sollte schon berücksichtigt werden, insbesondere da die SPD-Fraktion keine konkreten Sparansätze mehr sieht. Dabei ist es egal ob 2 oder 5 %, sie halten aber 2 % für realistischer. Bereits in den letzten Jahren wurde das Einsparpotential von der SPD schon sehr stark ausgereizt, weitere Vorschläge, die von der Mehrheitsgruppe kom-

men, sind daher auch eher dürrtig. Die SPD hat trotz schwierigen Haushaltssituation in den letzten Jahren immer versucht, dass soziale Element für Varel zu erhalten. Aus Sicht des Ratscherrn Müller spart die Mehrheitsgruppe dagegen auf den Rücken der Bürger, in dem soziale Leistungen eingeschränkt oder gestrichen werden. Darüber hinaus wurde das Haushaltsdefizit durch Personalentscheidungen der Mehrheitsgruppe um mind. 120.000 € erhöht. Ratscherr Müller ist gespannt, ob die Personaleinsparungen, die die Mehrheitsgruppe vorgibt, erzielt werden können und verweist in diesem Zusammenhang auf die Rechtsänderung bei der ARGe. Die komplette Streichung des Seniorenpasses, die Infragestellung des Freibades am Bäker, die Zerschlagung der Gemeindeschwesternstation können nur der Beginn einer Situation sein, die die SPD ausdrücklich ablehnt. Für sie liegen die nachhaltigen Potentiale für einen besseren Haushalt im Personalhaushalt und der langfristigen Verbesserung der Einnahmeseite sowie in einer Politik, die nicht zu lasten der Bürger geht. Es ist wichtig, in Richtung Land und Bund klar die Position der Kommunen deutlich zu machen.

Zu einzelnen Haushaltspunkten äußert sich Ratscherr Müller wie folgt:

- Die Einplanung des Verkaufserlöses der Schützenwiese ist aus seiner Sicht unseriös. Es gibt bislang keine Gegenrechnung für den Ankauf einer notwendigen Ersatzfläche und den damit verbundenen Erschließungskosten. Es gibt keine vernünftige Planung und es fehlt die Beteiligung der Anlieger. Das Einzelhandelsgutachten steht noch aus und die negativen Auswirkungen auf die Innenstadt sind noch unklar. Die Höhe des Kaufpreises steht noch nicht fest, insbesondere dann, wenn der Käufer in der Planung eingeschränkt ist. Die SPD lehnt einen Verkauf unter diesen Bedingungen ab. Aus Sicht des Ratscherrn Müller dient der Ansatz ausschließlich dazu, um die Kreditlinie der Stadt zu erhalten.
- Zieht man die Zahlen der Gemeinde Zetel zu Grunde, wird ein Ansatz von 10.000 € für die Einrichtung eines Besuchsdienstes für die Senioren nicht ausreichen. Es fehlen mind. 50.000 €. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist dieses daher nichts Halbes und nichts Ganzes und dient lediglich als Trostpflaster für die Abschaffung des Seniorenpasses. Stattdessen wird von der Mehrheitsgruppe über eine Seniorenkarte nachgedacht, deren Kosten unbekannt sind. Es ist erforderlich eine Kostenschätzung durchzuführen, um zu sehen, wie sich das auf den Haushalt auswirkt. Die SPD-Fraktion bedauert die Streichung des Seniorenpasses und hätte lieber eine Ausgabe ab 65 Jahre und eine Kaffeefahrt nur alle zwei Jahre. Dieses wäre für den Haushalt sogar günstiger als die jetzige Maßnahme.
- Bei der Feuerwehr sollen ca. 25.000 € gekürzt werden. Wie sich herausgestellt hat, hat es nur Gespräche, keine Zustimmung der Feuerwehr gegeben. Die Handlungsfähigkeit und Sicherheit der Feuerwehrleute scheint gefährdet. Ratscherr Müller fordert dazu auf, nicht an dieser Stelle zu sparen, es gibt nichts besseres als eine freiwillige Feuerwehr für eine Stadt.
- Es freut der SPD-Fraktion, dass in Dangast 185.000 € eingespart werden sollen. Aus dem Haushalt geht das Wie aber nicht hervor. Vor der Privatisierung des Campingplatzes sollten alle Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Führung geprüft werden. Ratscherr Müller gibt zu bedenken, dass, wenn alles in Dangast abgegeben wird, nichts mehr durch die Stadt gesteuert werden kann.
- Die SPD-Fraktion kritisiert, dass die Gemeindeschwesternstation zerschlagen werden soll, um 10.000 € einzusparen. Bei dem relativ geringen Betrag sollte vorab geprüft werden, ob nicht durch organisatorische Maßnahmen auf die schwarze Null zu kommen ist. In Zetel wird über die Gemeindeschwesternstation, der Besuchsdienst mit organisiert. Aus Sicht des Ratscherrn Müller handelt es sich um eine Art Daseinsfürsorge, die bei der Stadt bleiben sollte, auch wenn genügend Dienste in Varel die Arbeit übernehmen könnten.
- Ratscherr Müller vermutet, dass hinter dem Prüfauftrag für das Freibad am Bäker nur das Ziel steht, 2011 das Bad zu schließen. Er glaubt nicht, dass es einem Verein möglich sein wird, das Freibad zu übernehmen.

- Im Bereich der Bibliothek muss eine schnelle Grundsatzentscheidung getroffen werden, damit die Mitarbeiter wissen woran sie sind.
- Die SPD-Fraktion fordert ganz entschieden, dass das Licht in Varel aus Sicherheitsgründen wieder eingeschaltet wird, insbesondere bei den jetzt herrschenden Witterungsverhältnissen. Sie hätten auch den Antrag von MMW und Herrn Hinz unterstützt.
- Die SPD-Fraktion sieht nicht die Notwendigkeit für teure Gutachten und bezweifelt, dass eine externe Beratung bei der Zusammenlegung des Bauhofes mit dem Gartenamt erforderlich ist. Sie plädiert für eine Kürzung des Ansatzes der Planungskosten um 30.000 €. Es sollte versucht werden bei den Ausschreibungen ein günstigeres Ergebnis zu erzielen. Sollte dieses nicht möglich sein, könnte im Nachtragshaushalt nachreguliert werden.

Aus Sicht des Ratsherr Müller kann der Haushalt der Stadt Varel nicht mit einem Familienhaushalt verglichen werden. Dieses trägt nur dazu bei, fälschlicherweise zu suggerieren, dass man nur kräftig sparen muss, um den Haushalt auszugleichen. Die SPD-Fraktion wird aus den oben genannten Gründen den Haushalt ablehnen.

Ratsherr I. Chmielewski begründet seinen Antrag auf einzelne Abstimmung damit, dass die MMW-Fraktion sich nicht der Konsolidierung widersetzt, sondern an ihr aktiv mitgestalten möchte. Darüber hinaus fordern sie eine pauschale Kürzung aller Ansätze um 5 %, zusätzlich zu den konkreten Konsolidierungsansätzen, ausgenommen davon sind vertragliche Verpflichtungen. Von den neun Konsolidierungsvorschlägen der Mehrheitsgruppe, würden sie fünf mittragen. Für sinnvoll halten sie die Kürzung der Aufwandsentschädigung, die Kürzung der Anzahl der Ratsmitglieder, die Organisationsveränderung der Verwaltung, die Mehreinnahmen bei den Parkgebühren und die Verlustabdeckung in Dangast. Nicht mittragen möchten sie die Abschaffung des Seniorenpasses, den Verzicht auf den Besuchsdienst und die Schließung der Gemeindeschwesternstation.

Insbesondere in Dangast sieht Ratherr I. Chmielewski Handlungsbedarf, da dort das große Defizit der Stadt ist. Darin möchte die MMW-Fraktion die Mehrheitsgruppe unterstützen, sieht aber die dargestellten 185.000 € Ersparnis nicht als belegt an und damit für genauso unkonkret wie eine 5 %ige Kürzung des Haushaltes. Er hält es in keiner Weise für feige, keine konkreten Maßnahmen zu benennen, wie es in der Presse dargestellt wurde. Eine 5 %ige Kürzung würde eine Einsparung von 156.340 € (ohne Personalkosten) bzw. 594.450 € (mit Personalkosten) bringen.

Die ersten drei Konsolidierungsvorschläge haben Vorbildcharakter und sind daher aus Sicht des Ratsherrn I. Chmielewski sehr wichtig. Gleichzeitig muss aber den Bürgern und Mitarbeitern der Ernst der Situation klar gemacht werden. Es ist nicht Aufgabe der Ratsmitglieder jede einzelne Haushaltsposition nach Einsparungsmöglichkeiten zu durchsuchen, sondern die der Verwaltung. Jeder Bedienstete und jeder Fachbereichsleiter sollte schauen, wo gespart werden kann, so können vielleicht 5 % erreicht werden. Auch wenn es ihm leid tut, sind auch die Vareler Bürger in die Pflicht zu nehmen, denn so wie es sich ihm darstellt, haben einige die Situation noch nicht erkannt. Durch eine pauschale Kürzung wird jeder getroffen.

Aus Sicht des Rasherrn W. Langer ist es ganz schwierig mit der Schere, also pauschal 2 oder 5 %, zu sparen. Es ist aber wichtig, über alle möglichen Sparansätze nachzudenken und dazu gehören auch die Vorschläge der MMW und der SPD, denn es muss weiter gespart werden.

Den Vorwurf die soziale Komponente aufzugeben weist Ratsherr W. Langer zurück. Aus seiner Sicht ist es das Schlimmste, was an sozialer Komponente aufgegeben werden kann, mit den Schulden weiterzumachen. Die Aufgabe des Seniorenpasses sieht er nicht als Aufgabe der sozialen Komponente, denn die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich schon seit Jahren dafür eingesetzt, die Seniorenarbeit zu qualifizieren. Da die Mittel begrenzt sind, wird erstmal mit einem kleinen Schritt ange-

fangen, der in der Zukunft weiter gehen kann. Bezüglich der Gemeindeschwesternstation verweist Ratsherr W. Langer darauf, dass die Tätigkeit zukünftig durch andere Träger weitergehen wird und die Beschäftigten an anderer Stelle weiterbeschäftigt werden. Die Stadt muss auch nicht in Konkurrenz mit den freien Trägern stehen. Hier von einer Zerschlagung zu sprechen, ist daher aus seiner Sicht falsch.

Ratsherr W. Langer weist darauf hin, dass der Prozess des Sparens ein permanenter ist. Dies ist nur der Anfang, es werden weitere Dinge überprüft, die auch weitere schmerzliche Beschlüsse erfordern. Aber er hat auch die Hoffnung, dass sich daraus konstruktive Ideen entwickeln, z. B. für das Freibad.

Ratsfrau Etzold weist darauf hin, dass, auch wenn eine pauschale Kürzung zunächst einmal verlockend erscheint, diese erst sichtbar wird, wenn die Bedeutung für die einzelnen Arbeitsfelder klar werden. Z. B. im Personalkostenbereich bedeutet eine Einsparung um 2 % (ca. 180.000 €) ein Abbau von 4-5 Arbeitsplätzen und bei 5 % (ca. 400.000 €) ein Abbau von 10-12 Arbeitsplätzen. Ein sozialverträglicher Abbau ist in der Größenordnung nicht mehr möglich. Ratsfrau Etzold sieht aber keine Mehrheiten für Entlassungen.

In einigen Bereichen wurden klare Zielvorstellungen formuliert, z. B. bei der Reduzierung des Defizits in Dangast. Dies ist ein klarer Auftrag an die Verwaltung das Ziel von 185.000 € mit Konzepten zu hinterlegen. Die Politik ist dann gefordert, die entsprechenden Beschlüsse zu fassen.

Darüber hinaus muss an der Personalentwicklung und Verwaltungsstruktur weiter gearbeitet werden. Allerdings hat Ratsfrau Etzold den Eindruck, dass dafür eine externe Begleitung erforderlich ist, um die unterschiedlichen Vorstellungen aus der Verwaltung und der Politik in Einklang zu bringen. Insgesamt hält Ratsfrau Etzold den Haushalt 2010 für einen zuverlässigen Ansatz und Arbeitsauftrag, daran weiter zu arbeiten. Aus ihrer Sicht kommt aber eine weitergehende Kürzung um 5 % einem Kahlschlag nah.

Aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Köhler ist eine pauschale Kürzung keine Lösung. Zusammen mit der CDU/FDP/Bündnis 90/Die Grünen-Gruppe haben sie einige Sparvorschläge erarbeitet. Die SDV-Fraktion spricht sich für den Verkauf der Schützenwiesen aus und sieht auch die Notwendigkeit bei der Innenstadtsanierung weiter zu kommen. Stellv. Bürgermeister Köhler weist den Vorwurf der MMW-Fraktion, dass der Haushalt eine soziale Bankrotterklärung sei, zurück und verweist in diesem Zusammenhang auf die hohen Ansätze für die Schulen und Kindergärten. Auch der Seniorenpass wird nicht vollkommen aufgelöst, sondern erhält nur eine andere Bezeichnung und einen anderen Inhalt, damit er kostenneutraler wirkt. Eine Kaffeefahrt für 12-20.000 € kann die Stadt sich nicht mehr leisten. Die SDV-Fraktion möchte eine neue Seniorenarbeit unter Anerkennung und Beteiligung der Senioren, dabei ist der Seniorenbesuchsdienst ein sinnvoller Anfang. Auch in Bezug auf das Freibad sieht stellv. Bürgermeister Köhler, einen Weg zu einer guten Lösung.

Die SDV-Fraktion wird dem Haushalt zustimmen, obwohl es in einigen Bereichen auch mit Schmerzen verbunden ist, z. B. die Umwandlung des Seniorenpasses. Die SPD schlägt vor, pauschal 2 % einzusparen, möchte aber gleichzeitig andere Ansätze erhöhen. Ratsherr Böcker weist darauf hin, dass in Zukunft sparen angesagt ist. Auch wenn Ratsherr Böcker sich 1996 noch für die Wiedereinschaltung der Straßenbeleuchtung eingesetzt hat, lehnt er es jetzt ab. Damals hatte die Stadt 2 Mio. DM Schulden, heute sind es 20 Mio. €. Er schlägt vor, es ein Jahr zu beobachten und dann noch mal darüber zu beraten.

Bezüglich der Stadtbücherei weist er darauf hin, dass die SDV-Fraktion sie nicht schließen, sondern nur auf den Prüfstand stellen möchte. Vielleicht gibt es andere wirtschaftlichere Modelle, z. B. in Zusammenarbeit mit den Schulen oder einer Buchhandlung.

Auch bei der Feuerwehr ist in dieser Zeit ans Sparen zu denken, wichtig ist aber, dass sie immer funktionstüchtig bleibt. Dabei könnten neue Modelle wie z. B. eine zentrale Einsatzstelle eine Möglichkeit sein.

Darüber hinaus muss geprüft werden, ob Varel vier Bäder braucht und ob nicht eine bessere Abstimmung aufeinander möglich ist. Vielleicht wären Dusch- und Eingangautomaten eine Möglichkeit, um den Zuschussbedarf für das Freibad zu reduzieren.

Die Kürzung der Aufwandsentschädigung und die Reduzierung ist aus Sicht des Ratscherrn Böcker richtig, bei der Reduzierung der Ratscherrn hätte er sich aber eine weitergehende, wie in Jever, gewünscht.

An den Verkauf der Schützenwiese sollte gedacht werden. Sie ist nur wenig ausgelastet und eine Verlegung der Märkte auf die Schützenwiese lehnt Ratscherr Böcker ab. Zuvor sind Gespräche mit der Kaufmannschaft zu führen. Dem 30 %igen Kaufkraftverlust in Varel ist entgegenzutreten.

Abschließend verweist Ratscherr Böcker auf die Gemeinde Sande hin, die auch bei den freiwilligen Leistungen drastisch kürzt.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass auch viele andere Kommunen sparen müssen. Wenn ein einzelner einen großen Wurf fordert, ist dies meistens kein Kenner von Kommunalfinzen. Für das Jahr 2009 wurde ein Defizit von 14,609 Mio. € prognostiziert, erreicht wurden 14,3 Mio. €. Das sind sogar mehr als eine Pauschale von 5 %. Diese Vorgabe ist daher aus Sicht des Bürgermeisters eine reine Zahlenspielerei. Als Verwaltungschef braucht er ganz klare Beschlüsse und Visionen vom Rat, die die Verwaltung umsetzen kann.

Darüber hinaus muss Varel sich positionieren. Bislang wurde Varel als Einkaufsstadt immer groß geschrieben. Auf der Schützenwiese sind für das Jahr 2010 an 14 Tagen Veranstaltungen geplant. Da stellt sich die Frage, ob die Schützenwiese noch gebraucht wird. Aus Sicht des Bürgermeisters Wagner könnte auch an anderer Stelle ein Festplatz kreiert werden, der sicherlich schöner wäre. Die Aussage, die Schützenwiese soll verkauft werden, um den Haushalt zu sanieren und um an Kredite zu kommen, weist Bürgermeister Wagner zurück.

Zur Aussage des Ratscherrn Müller, dass die Mitarbeiter des JobCenters im nächsten Jahr von der Stadt wieder aufgenommen werden müssen, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass ihm das JobCenter mitgeteilt hat, dass alle Mitarbeiter weiterhin gebraucht werden und keiner ihrer Arbeitsplätze gefährdet ist.

Bürgermeister Wagner warnt davor, in Sachen Feuerwehr Panik zu verbreiten. Die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr ist sehr gut. Es ist für alle gesetzt, dass es in Varel eine Feuerwehr geben muss, die schlagkräftig die Brände bekämpft.

In Sachen Gemeindegewerbestation weist Bürgermeister Wagner darauf hin, dass sie von der Stadt nachrangig zu betreiben ist. In Varel gibt es viele private Anbieter, die diese Aufgabe übernehmen können. In Zetel und Jade hat dagegen die Gemeindegewerbestation eine relative Monopolstellung.

Das Gartenamt und der Bauhof brauchen dringend neue Strukturen, das geht aus Sicht des Bürgermeisters am besten mit externen Beratern.

Ein soziale Schieflage des Haushaltes sieht Bürgermeister Wagner nicht. Er bedankt sich bei allen Fraktionen für ihre Vorschläge und wünscht sich, dass alle gemeinsam an dem Problem arbeiten.

Aus Sicht des Ratscherrn I. Chmielewski ist 5 % eine klare Ansage. Durch die Weitergabe an die Verwaltung wird das kreative Potential jedes einzelnen Mitarbeiters aktiviert.

Ratscherr I. Chmielewski sieht in der geringen Auslastung der Schützenwiese eine Systematik, um den Verkauf zu begründen. Ihm sind mehrere Anträge bekannt, die abgelehnt wurden. Er regt an, die Schützenwiese besser und wirtschaftlicher zu vermarkten.



Ratsherr I. Chmielewski weist zurück, dass eine pauschale Kürzung Arbeitsplätze kosten und verweist auf die konkrete Auflösung der Gemeindeschwesternstation, bei der vier Arbeitsplätze gestrichen werden. Arbeitsplätze können nur erhalten werden, wenn die Stadt ihre Finanzen in Ordnung bringt.

Die SPD-Fraktion sagt nicht, dass an alles festgehalten werden muss, sie kritisieren nur, dass der Erlös für den Verkauf der Schützenwiese so in den Haushalt eingestellt wurde. Wenn man definitiv der Ansicht ist, die Schützenwiese verkaufen zu wollen, kann aus Sicht des Ratscherrn Bruns auf das Einzelhandelsgutachten verzichtet und das Geld dafür eingespart werden. Darüber hinaus sollte das Thema ganzheitlich betrachtet werden. Es fehlt eine Kostenbetrachtung, was ein neuer Festplatz kosten würde und der Schlackeplatz ist auch nicht berücksichtigt. Es heißt auch nicht, dass die Attraktivität eines neuen Festplatzes größer ist. Ratscherr Bruns fragt, ob es dann geplant ist, die Feste wieder von der Innenstadt auf den Festplatz zu verlegen. Ratscherr Bruns kritisiert das die Dienstleistung für den Budenaufbau an die Behindertenwerkstatt in Jeringhave vergeben wurde. Wenn es Geld kostet, die Buden aufbauen zu lassen, wird in Folge ein Stück Kultur in Varel zerstört. Es ist nicht immer gut, etwas zu privatisieren.

**Beschluss:**

- a) In das 13. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel wird der Konsolidierungsvorschlag, pauschale Kürzung aller Haushaltsposten um 5 %, aufgenommen.

**Ja: 15 Nein: 20 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss dagegen**

- b) Über jeden Konsolidierungsvorschlag des 13. Haushaltssicherungskonzeptes wird einzeln abgestimmt.

**Ja: 15 Nein: 20 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss dagegen**

**8.4.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2010 auf Reduzierung der Ausgabeansätze im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010  
Vorlage: 048/2010**

Wortbeiträge sind unter TOP 8.4.1 protokolliert.

**Beschluss:**

Dem Antrag der SPD-Fraktion wird zugestimmt.

**Ja: 15 Nein: 20 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss dagegen**

**8.4.3 13. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel  
Vorlage: 012/2010**

Wortbeiträge sind unter TOP 8.4.1 protokolliert.

**Beschluss:**

Das 13. Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vorgelegten Fassung beschlossen.

**Ja: 20 Nein: 15 Enthaltungen: 1  
damit mehrheitlicher Beschluss**

**8.4.4 Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm für den Planungszeit-  
raum 2009 - 2013  
Vorlage: 013/2010**

Wortbeiträge sind unter TOP 8.4.1 protokolliert.

**Beschluss:**

Das Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2009 – 2013 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vorgelegten Fassung festgesetzt.

Der ebenfalls vorgelegte Finanzplan für den gleichen Planungszeitraum wird zur Kenntnis genommen.

**Ja: 20 Nein: 14 Enthaltungen: 2  
damit mehrheitlicher Beschluss**

**8.4.5 Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2010  
Vorlage: 014/2010**

Wortbeiträge sind unter TOP 8.4.1 protokolliert.

**Beschluss:**

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2010 wird in der der Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vorgelegten Fassung beschlossen.

**Ja: 20 Nein: 14 Enthaltungen: 2  
damit mehrheitlicher Beschluss**

**9 Mitteilungen des Bürgermeisters**

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

**10      Behandlung von Anfragen und Anregungen**

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 21:50 Uhr schließt Ratsvorsitzender Bäker die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Karlheinz Bäker  
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner  
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß  
(Protokollführer/in)